

Defekte Demokratie

Neue Bücher über das „System Putin“



Prof. Dr. JÖRG BABEROWSKI, geb. 1961, ist Professor für Neuere Geschichte mit dem Schwerpunkt Geschichte Osteuropas an der Humboldt-Universität zu Berlin. 2006 erschien von ihm „Ordnung durch Terror“ (Dietz).

Jörg Baberowski | **Tschetschenien-Krieg, Verfolgung Oppositioneller, ungeklärte Morde und ein allgegenwärtiger Geheimdienst: Mit demokratischen und rechtsstaatlichen Formeln lässt sich Wladimir Putins Politik nur bedingt beschreiben. Wohin steuert Russland, wie kann der Westen reagieren? Fünf Neuerscheinungen suchen nach Antworten.**

Als im November 2006 der ehemalige KGB-Mann Alexander Litwinenko in London vergiftet wurde, erlitt die russische Regierung im Westen Europas einen Ansehensverlust, von dem sie sich bis heute nicht erholt hat. Seither steht sie im Verdacht, sie erteile Aufträge, Kritiker und Oppositionelle töten zu lassen. Denn kein einziger Mordfall ist bislang aufgeklärt worden. Alex Goldfarb, ein Dissident, der die Sowjetunion in den siebziger Jahren verlassen konnte und seit den späten neunziger Jahren die Bürgerrechtsstiftung des Multimilliardärs Boris Beresowski in den USA leitet, hat nun ein Buch über den Mord an Alexander Litwinenko geschrieben. Es trägt zur Aufklärung der Mordtat wenig bei, denn es wiederholt nur, was auch schon in den Zeitungen zu diesem Thema zu lesen war. Aber es

gibt Auskunft über die Motive, die den Präsidenten und seine Umgebung dazu veranlassen, „Verräter“ aus dem Weg räumen zu lassen.

Goldfarbs Buch erzählt vom Konflikt zwischen Beresowski und Putin, in den auch Litwinenko verwickelt wurde. Es begann mit dem Krieg gegen Tschetschenien, den Beresowski im Auftrag Jelzins beenden half, indem er zwischen den Konfliktparteien vermittelte. Als Putin an die Macht gelangte, glaubten er und seine Gefolgsleute, die Macht nur behalten zu können, wenn sie die demokratischen Strukturen zerschlugen, die Gefahr des Terrors beschwörten und den Krieg gegen Tschetschenien wieder aufnahmen. Kurz: Putin machte die Tschetschenen für Anschläge verantwortlich, die sie nicht begangen hatten, um Krieg und Diktatur zu recht-

fertigen. Und er erwartete von den Oligarchen, dass sie ihre Macht über die Medien dazu nutzen würden, die Regierung zu unterstützen. Denn Beresowskis Geld und Medienmacht hatten 1996 die Wiederwahl Boris Jelzins erst möglich gemacht. Nun aber verweigerten sich die Oligarchen dem Werben des Kremls. Sie kritisierten die Allmacht des Staates und den Krieg gegen Tschetschenien. Zur Lenkung der Staatsgeschäfte konnten sie ihre Medien freilich nicht mehr einsetzen. Denn der Ex-KGB-Mann Putin verstand Illoyalität als Verrat, und er bestrafte diesen Verrat, indem er die Medienmacht der Oligarchen brach. Beresowski musste seine Fernsehsender abtreten und floh ins Ausland.

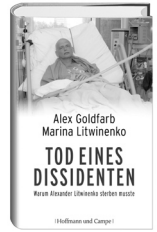
Nun wurde Alexander Litwinenko zur Partei im Konflikt zwischen den Oligarchen und dem Kreml. Denn er war Mitte der neunziger Jahre damit beauftragt worden, Mordanschläge der Mafia auf Beresowski zu untersuchen. Er lernte Beresowski persönlich kennen, und als der Geheimdienst die Bemühungen des Oligarchen, einen Frieden mit den Tschetschenen auszuhandeln, zu verhindern versuchte, geriet er in einen Gewissenskonflikt. Litwinenko erfuhr, dass der Geheimdienst ein Bombenattentat auf ein Moskauer Wohnhaus im Jahr 1999 vorbereitet hatte, und er war bereit, dieses Wissen weiterzugeben. Im Jahr 2000 half ihm Alex Goldfarb, Russland zu verlassen und in England Asyl zu finden. Für Putin, so Goldfarb, sei es undenkbar gewesen, dass jemand die „Firma“ verließ und Verrat beging. Deshalb habe Litwinenko sterben müssen.

Man darf die politische Wirklichkeit nicht aus den Verfassungen her-

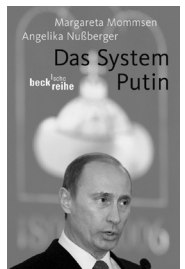
auslesen. Denn nirgendwo in Europa ist die Kluft zwischen den Postulaten der Verfassung und dem Leben so groß wie in Russland. Die postsowjetische Verfassung lässt keine demokratischen und rechtsstaatlichen Wünsche offen. Aber was nützt das schönste Gesetz, wenn es niemanden gibt, der sich ihm anvertrauen will. Margarete Mommsen und Angelika Nußberger führen das Versagen des demokratischen Verfassungsstaats auf die Unterentwicklung des Parteiensystems, die personalisierten Patronagesysteme in der Politik und die tief verwurzelte autoritäre politische Kultur zurück. In einem politischen System, in dem die Vorherrschaft der Exekutive über die Legislative ein Glaubenssatz ist, könne es keinen Rechtsstaat geben. Diese Kultur, die Streit verachtet und Harmonie und Unterwerfung belohnt, habe es Putin leicht gemacht, ein autoritäres politisches System zu errichten, das wenig Widerstand hervorrufe.

Putin sei es ohne große Mühe gelungen, den Föderationsrat und die Regionen zu entmachten, indem er die Gouverneure persönlich an sich gebunden habe. Er habe das Parlament entmachtet, indem er die Abgeordneten in regierungnahe Parteien integriert und von der Macht abhängig gemacht habe. Seither sei Russland keine Demokratie mehr. 13 Journalisten seien bislang ermordet, dutzende auf andere Weise zum Schweigen gebracht worden.

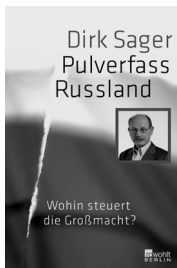
Russland sei auch kein Rechtsstaat mehr. Denn die Unabhängigkeit der Richter sei systematisch untergraben worden, Verfahren seien durch die Exekutive gelenkt und kritische Richter zum Schweigen gebracht worden.



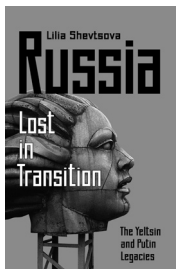
Alex Goldfarb und Marina Litwinenko:
Tod eines Dissidenten. Warum Alexander Litwinenko sterben musste. Hamburg: Hoffmann & Campe 2007, 428 Seiten, 19,95 € €



Margarete Mommsen und Angelika Nußberger:
Das System Putin. München: C.H. Beck 2007, 216 Seiten, 12,95 € €



Dirk Sager:
*Pulverfass
Russland. Wohin
steuert die
Großmacht?*
Berlin: Rowohlt
2008, 272 Seiten,
19,90 €



Lilia Shevtsova:
*Lost in Transition.
The Yeltsin and
Putin Legacies.*
Washington/DC:
Carnegie
Endowment 2007,
388 Seiten, 19,95 \$

Ein Blick auf die spektakulären Prozesse gegen politische Gegner genüge, um diese Wahrheit zu begreifen. Das Putin-System funktioniere, weil sich die Unterworfenen nicht als Entrechtete sähen, sondern als Profiteure der Macht. Richter, Beamte und Abgeordnete wollten nicht unabhängig, sondern in der Nähe der Macht sein.

Wie lässt sich diese Wirklichkeit verändern? Wie kann die Verachtung des Rechts und der Gewaltenteilung überwunden werden? Die Antwort müsste wohl lauten: durch Selbstüberwindung des Homo sovieticus. Wie aber soll diese Selbstüberwindung gelingen? Darauf können Mommsen und Nußberger keine Antwort geben.

Ähnlich äußert sich auch Dirk Sager in seinem Buch über das „Pulverfass Russland“. Er erzählt vom Aufstieg Putins und vom System Boris Jelzins, das diesen Aufstieg möglich machte. Von den Oligarchen und der schleichenden Entmachtung des Parlaments, der Diskreditierung des demokratischen Experiments durch Vetternwirtschaft und Willkür. Als Jelzin 1993 gegen das Parlament vorgegangen sei und wenig später seine Wiederwahl mit Hilfe der Oligarchen skrupellos ins Werk gesetzt habe, sei das demokratische Experiment gescheitert. Nur unter diesen Voraussetzungen habe ein Politiker vom Schlage Putins sich zum Herrn über Russland machen können.

Seither regiere Putin Russland mit Hilfe eines weit verzweigten Netzes von Klienten und Gefolgsleuten, die sich über alle demokratischen Spielregeln hinwegsetzten. Der Nationalismus sei ihre Integrationsideologie, die sie über die gleichgeschalteten Medien aggressiv verbreiteten. Von der Oppo-

sition erwartet Sager nichts: Sie sei zerstritten, machtlos und werde von den Medien ferngehalten. Einzig die Kommunisten dürften als Oppositionspartei noch in Erscheinung treten, weil ihre Anwesenheit die Rechtfertigung dafür sei, dass Putin und die Seinen regieren müssen. Wer sich mit den Beschreibungen der Tagespolitik zufriedengibt, wird Sagers Buch mit Gewinn lesen. Wer jedoch nach Erklärungen sucht, wird nichts erfahren, was nicht schon in den Tageszeitungen zu lesen war.

Von anderem Zuschnitt ist das Buch der Politikwissenschaftlerin Lilia Schewzowa, das eine ausgewogene und intelligente Analyse des gegenwärtigen politischen Systems in Russland bietet. Von der Transformationsforschung hält sie wenig. Denn wer von Transformation spreche, unterstelle, dass Veränderungen sich stets als Fortschrittsbewegungen ereigneten. Das Neue aber vollziehe sich auf dem Boden des Alten, vor allem dann, wenn Krisen bewältigt werden müssten. Nirgendwo zeige sich diese Wahrheit deutlicher als im gegenwärtigen Russland. Die Herrschaft gründe sich auf Patronage und Personennetze, Ämter würden verkauft und verwendet, um die Beamten und ihre Gefolgsleute durchzufüttern, Autorität und Vertrauen gründeten sich auf Personen, nicht auf Institutionen. Unter solchen Umständen habe es keine andere Herrschaftsform als die Autokratie geben können, die Putin verkörpere und legitimierte. Der extreme Zentralismus sei eine Folge des personalisierten Herrschaftssystems, weil Kontrolle nur möglich sei, wenn die letzten Entscheidungen in einer Hand lägen.

Nur sei diese Stärke zugleich die größte Schwäche des personalisierten Systems. Denn Putin sei von den korrupten Klienten und Gefolgsleuten, die das Land ausplünderten, abhängig. Man könnte auch sagen, dass die Ordnung nur simuliert ist, von der die Inszenierung der Macht spricht. Solange Menschen das Gefühl haben, sagt Schewzowa, dass Wohlstand auch ohne Demokratie erreichbar ist, werde es keinen Wandel geben. Erst wenn Menschen erfahren, dass die Bedrohung ihrer individuellen Freiheit von der politischen Verfassung ihrer Herrschaft unmittelbar abhängt, werden sie auch bereit sein, sich für demokratische Veränderungen zu öffnen. Die Vergangenheit ist keine Last, der man nicht entkommen kann. Sie eröffnet auch Möglichkeiten.

Von solch umsichtiger und kluger Analyse ist Alexander Rahrs Pamphlet über das neue Russland weit entfernt. Rahr analysiert nicht. Er behauptet. Man gewinnt den Eindruck, dass Rahr hier vor allem die offizielle Version des Kremls referiert. Die Thesen des Buches sind ebenso schlicht wie der Stil, in dem sie vorgetragen werden. Russland sei in den neunziger Jahren vom Westen gedemütigt, in seiner Ehre verletzt und ausgebeutet worden. Das russische Militär habe sich im eigenen Land nicht frei bewegen dürfen, Ausländer hätten Russland durch Kredite und Aufbauhilfen gefügig gemacht und seinen Einfluss auf die ehemaligen Sowjetrepubliken beschneiden wollen. Der Westen habe Absatzmärkte in Russland erschließen wollen, es aber stets abgelehnt, seine Märkte für russische Unternehmen zu öffnen. Dann sei Putin ins Spiel gekommen. Er habe die politi-

sche Ordnung in Russland stabilisiert, er habe die Oligarchen gezwungen, Steuern zu bezahlen und sie daran gehindert, auf legalem Weg das Volk auszuplündern, und er habe Russland seinen nationalen Stolz als Großmacht wiedergegeben.

Rahrs Putin ist nicht nur ein Ordnungshüter. Er ist auch ein Freund des Westens. Aber diese Freundschaft werde vom Westen nicht erwidert. Im Gegenteil: Russlands Streben nach militärischer und wirtschaftlicher Kooperation werde vom Westen abgewehrt. Putins Demonstrationen der Macht seien deshalb nichts weiter als Reaktionen eines „enttäuschten Europäers“ (S. 23). Allein Gerhard Schröder habe die Bedeutung Russlands und die Aufrichtigkeit seines Präsidenten klar erkannt.

Warum aber ist Putin bislang nur von Schröder und seinen Anhängern als Freund der westlichen Demokratie wahrgenommen worden? Auch darüber lässt Rahr Putin das letzte Wort sprechen. Weil der Westen selbstgerecht sei, als moralischer Lehrmeister auftrete und die eigenen demokratischen Defizite totschweige, sei er auch nicht imstande, die bisher erbrachten Leistungen unparteiisch zu bewerten.

Seit dem Amtsantritt Putins ist die freie Berichterstattung in Presse und Fernsehen eingeschränkt, sind die Medien gleichgeschaltet und die Opposition durch Wahlfälschungen und Manipulationen aus dem Parlament vertrieben worden. Dutzende von kritischen Journalisten wurden erschossen, in Tschetschenien herrscht das Regiment des blanken Terrors. Von all dem ist bei Rahr nur am Rande die Rede.



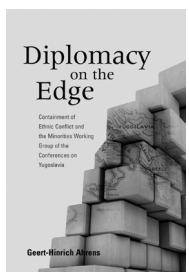
Alexander Rahr:
Russland gibt Gas.
Die Rückkehr einer Weltmacht.
München:
Hanser 2008,
280 Seiten, 19,90 €

Rot-grüner Albtraum

Die Kosovo-Krise aus der Sicht zweier deutscher Protagonisten



PAUL HOCKENOS, geb. 1963, ist Global Editor der *IP* und Autor von „Joschka Fischer and the Berlin Republic: An Alternative History of Postwar Germany“ (2007).



Geert-Hinrich Ahrens: *Diplomacy on the Edge: Containment of Ethnic Conflict and the Minorities Working Group of the Conferences on Yugoslavia*. Baltimore: The Johns Hopkins University Press 2007, 672 Seiten, 45,99 €

Paul Hockenos | Für Geschichtswissenschaftler ist es noch zu früh, den Kosovo-Krieg zu historisieren. Doch Memoiren wie die des finnischen Chefunterhändlers Ahtisaari oder der amerikanischen Außenministerin Madeleine Albright werfen zumindest ein erstes historisches Licht auf die Ereignisse. So auch die zwei jüngst erschienenen Autobiographien.

Zwei politische Memoiren von maßgeblichen deutschen Akteuren, Joschka Fischer und Geert-Hinrich Ahrens, bieten einen wertvollen Einblick in die zentrale Rolle, die Deutschland im letzten Krieg des 20. Jahrhunderts spielte. Der Großteil von Ahrens nahezu 700 Seiten starkem Bericht über die internationale Diplomatie auf dem Balkan bezieht sich auf die frühen und mittleren neunziger Jahre vor dem Krieg.

Der Botschafter a.D. Ahrens war für einige der frühesten Versuche von europäischer Seite verantwortlich, die Kosovo-Albaner und die serbische Regierung an den Verhandlungstisch zu bringen. Seine Vermittlungsteams konnten sporadisch Fortschritte zeichnen: Sie verbesserten die Menschenrechtssituation im Kosovo ebenso wie Bildung und Gesundheitsversorgung und entschärften Spannungen, die damals leicht hätten außer Kontrolle geraten können – wie später geschehen. Obwohl diese Delegationen es niemals schafften, die Serben oder die Kosovo-Albaner von ihren Maximalforderungen zum Status des Kosovo abzubringen, zeigt Ahrens'

Bericht, dass es jenseits der Statusfrage Spielräume für Kompromisse zwischen den moderaten Fraktionen gab.

Mit deutlicher Verbitterung unterstreicht der Autor hingegen, wie schwach die Unterstützung seitens amerikanischer und europäischer Regierungen war. Dadurch habe die internationale Gemeinschaft greifbare Chancen verpasst. Der Kosovo sei bestenfalls nebenbei behandelt worden und 1995 nach dem Friedensvertrag von Dayton ganz von der internationalen Agenda verschwunden. Im Frühjahr 1996 wurde die von Ahrens geleitete Arbeitsgruppe zur Internationalen Konferenz über das ehemalige Jugoslawien wegen Mangels an Mitteln aufgelöst. Kurz danach griff die Kosovarische Befreiungsarmee UCK erneut zu den Waffen.

Ahrens behauptet nicht, dass internationale Vermittlung den Konflikt um den Status des Kosovo hätte beenden können. Aber er deutet an, dass wesentlich mehr hätte getan werden können, um sowohl der Radikalisierung als auch der Gewalt, die sich 1998 und 1999 entladen sollte, vorzubeugen.

Die bewaffneten Auseinandersetzungen im Kosovo hatten bereits begonnen, als im Herbst 1998 die Regierung Kohl abgewählt wurde. Dieses Zusammentreffen der Ereignisse war für den künftigen Kanzler Gerhard Schröder und seinen designierten Außenminister Joschka Fischer ungünstig, da sie sich noch in den Koalitionsverhandlungen befanden. Obwohl die Christdemokraten die Wahl verloren hatten, war die Regierung Kohl noch im Amt, bevor die neue Regierung übernahm. Das war der Hintergrund der dramatischen Ereignisse, die Fischer in seiner Autobiographie „Die rot-grünen Jahre“ erzählt.

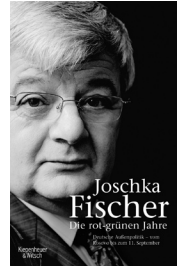
Das Buch umfasst die ersten drei Jahre der rot-grünen Regierungszeit vom Herbst 1998 bis zum 11. September 2001, eine Zeit, in der die Regierung eine Reihe von Krisen zu bewältigen hatte und eine neue außenpolitische Linie entwarf. Ein gutes Drittel des Buches handelt vom Kosovo (passenderweise unter dem Titel „Der rot-grüne Albtraum“) und bietet faszinierende Einblicke in die diplomatischen Bemühungen und Entscheidungen der deutschen Regierung.

Fischer setzt sich intensiv mit der Kritik an den Militärschlägen gegen Serbien auseinander. Auf den Vorwurf, die Bundesregierung habe Hintergedanken gehabt, unterstreicht er immer wieder, dass die Militärintervention „ein zweites Bosnien verhindern sollte“. Nach seinem Besuch in Belgrad resümiert Fischer: „Milošević wollte offensichtlich den albanischen Widerstand durch militärische Macht, Spezialeinheiten, Terror und Vertreibungen brechen.“ Nachdem er angesichts des Völkermords an den Bosniern zu lange gewartet habe, sei dem

Westen keine andere Wahl geblieben als die militärische Option. Fischer betont, dass Deutschland und seine westlichen Verbündeten zuvor alles in ihrer Macht Stehende getan hätten, um Milošević von einer politischen Lösung zu überzeugen.

Bei den Verhandlungen in Rambouillet verspielten die Serben ihre letzte Chance, den Kosovo zu halten. Fischer weist den Vorwurf zurück, die „Latte sei für die Serben zu hoch gelegt“ gewesen, so dass es ihnen unmöglich gewesen sei, zu unterzeichnen und damit eine Intervention zu verhindern. Anhang B des Abkommensentwurfs, der der NATO uneingeschränkte Besatzungsmacht in Jugoslawien einräumte, habe bei den Rambouillet-Verhandlungen überhaupt keine Rolle gespielt. Er habe die Maximalforderungen der NATO widergespiegelt und wäre nach der Unterzeichnung des politischen Teiles des Abkommens wichtig geworden. Doch zu dieser Unterzeichnung kam es nie.

In diesem Zusammenhang bezeichnet Fischer es als abwegig zu fragen, ob die serbischen Kriegspläne dem „Hufeisenplan“ entsprochen hätten, einem vermeintlichen serbischen Plan zur ethnischen Säuberung des Kosovo. Der bulgarische Innenminister hatte Fischer vom „Hufeisenplan“ berichtet, aber dieser hatte den Plan nie mit eigenen Augen gesehen. Die massenhafte Vertreibung der Albaner aus dem Kosovo im Frühjahr 1999 sei eindeutig mit Vorlauf geplant gewesen, lange vor dem Beginn der NATO-Bombardements, konstatiert Fischer. Die serbische Offensive habe dann vier Tage vor den Bombardements die Flucht der Albaner hervorgerufen. „Der Kosovo-Krieg begann an diesem Tag (dem 20.



Joschka Fischer:
Die rot-grünen Jahre: Deutsche Außenpolitik – vom Kosovo bis zum 11. September.
Köln: Kiepenheuer & Witsch 2007,
444 Seiten, 22,90 €

März), und nicht am 24. März, als die Luftangriffe begannen“, so Fischer. Die Grausamkeiten gegen die Albaner waren also nicht etwas, das drohte, sie waren bereits in vollem Gange. „Weder in Deutschland noch sonst irgendwo in Europa war auch nur ein einziger Demonstrant auf den Straßen (als die Serben ihre Offensive begannen)“, bemerkt Fischer, „nirgends. Das Schick-

sal der Kosovo-Albaner schien die Radikale Linke in Europa überhaupt nicht zu interessieren.“

Es liegt in der Natur von Memoiren, dass sie einseitig sind und der eigenen Rechtfertigung dienen sollen. Die beiden hier besprochenen sind da keine Ausnahmen. Aber sie sind ein notwendiger Schritt, damit die Nachrichten von gestern Geschichte werden.

Weltläufig werden

Wie Wirtschaft und Wissenschaft die Globalisierung meistern können



SIMON RENAUD, geb. 1976, ist Mitarbeiter am Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik an der Universität Jena.

Simon Renaud | **Globalisierung hin, Globalisierung her: Wer sich politisch oder wirtschaftlich international engagiert, ist gut beraten, die Strukturen und Gepflogenheiten einzelner Länder und Regionen zu kennen. Ein Postulat, das insbesondere von der Wirtschaft bislang nur allzu selten erfüllt wird, so die Autoren eines neu erschienenen Bandes.**

Wieder ein Buch zum allgegenwärtigen Modethema „Globalisierung“? Der etwas irreführende Titel des Buches von Susanne Weiss, das eine Vielzahl von Beiträgen und Interviews anderer Publizisten und Wissenschaftler enthält, lässt eine Untersuchung der Frage erwarten, wie die Globalisierung Wirtschaft und Wissenschaft verändert. Tatsächlich aber will man sich dem Problem annehmen, dass es wissenschaftlichen Analysen und Entscheidungsträgern in der Wirtschaft oft an „Weltläufigkeit“ fehle.

Erkenntnisse von Regionalstudien über den Nahen Osten, Asien, Afrika und Amerika, also fächerübergreifender Länderanalysen, bilden den Rahmen des Buches. Solche Regionalstudien, mahnen die Autoren, spielten in Deutschland noch eine zu geringe Rolle. Daneben stellen die Autoren

die Frage, wie Wirtschaft und Wissenschaft besser zusammenarbeiten können, um die Herausforderungen der Globalisierung zu bewältigen.

Was etwa Afrika angeht, so wird beklagt, dass zu häufig über den Kontinent als Ganzes geurteilt würde. Das Hauptproblem etwa der Entwicklungshilfe bestehe darin, dass man versuche, Patentrezepte ohne Rücksicht auf lokale Gegebenheiten anzuwenden und ein europäisches Idealbild auf die afrikanischen Staaten zu übertragen. Tatsächlich handele es sich um eine ausgesprochen heterogene Region mit unterschiedlichen Erfolgsgeschichten und Problemen. Pauschal von genereller Armut zu sprechen sei zu einfach, da vielerorts eine gut funktionierende Subsistenzwirtschaft existiere. Der Staat habe eine weitaus geringere Bedeutung als

in Europa, an seiner Stelle spielten Reziprozität, Ältestenräte und ähnliche Institutionen eine größere Rolle.

Oder der Nahe Osten: Er werde häufig mit dem Problem „des“ Islams in Verbindung gebracht, obwohl auch diese Region natürlich keineswegs homogen sei. Mehr noch als in Afrika seien Staaten hier künstliche Konstrukte aus kolonialen Zeiten und dementsprechend oft instabil. Auch und gerade in den ölreichen Staaten existierten gravierende Probleme wie etwa die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Saudi-Arabien; hier entspanne sich allerdings, der verstärkten Integration in den Welthandel sei Dank, die Lage derzeit.

Bei den asiatischen Staaten wiederum sei in der Betrachtung des Westens oft Angst-, wenn nicht gar Panikmache zu beobachten. Der Blick habe sich dabei weg von Japan und hin zu Indien und insbesondere China gerichtet. Zu kurz komme die extreme Heterogenität in Sachen Religion und ethischer Basis, die zu völlig unterschiedlichen Sichtweisen etwa bei Themen wie Biotechnologie führe. Anders als im Westen aufgrund der überkommenen Klischees vielfach geglaubt, sei auch China heute ökonomisch gesehen kein übermäßig zentral gesteuerter Staat, und mit Mythen wie der legendären japanischen Arbeitswut sowie der garantierten lebenslangen Beschäftigung in einem Unternehmen sei es auch nicht mehr allzu weit her.

Bei der Betrachtung aller Regionen wird immer wieder betont, dass ökonomische und politische Theorien versagen, wenn man kulturelle und soziale Aspekte vernachlässige. Leider ist die Analyse hier ebenso pauschal wie man es an anderer Stelle selbst kritisiert, da es nicht „die“ ökonomische oder politische Theorie gibt. Wo und warum Erklärungen und Politikempfehlungen versagen, bleibt vage, ebenso die Frage nach Verbesserungsmöglichkeiten durch Regionalstudien.

Möglicherweise hängen die Defizite des Buches auch damit zusammen, dass sehr viele Regionen und Länder betrachtet werden, aber jeweils nur wenige Experten zu Wort kommen. Die schwierige Frage nach einer besseren Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft lässt sich nach der Lektüre mit der wenig befriedigenden Erkenntnis zusammenfassen, dass beide eine gemeinsame „Sprache“ finden müssten.

Trotz der genannten Schwächen bleibt ein gut lesbares, vielseitiges und aufgrund der Erfahrungsberichte unterhaltsames Buch mit der wichtigen Erkenntnis, dass eindimensionale, pauschale Schlussfolgerungen und Empfehlungen den Problemen der Regionen nicht gerecht werden. Dem Plädoyer für mehr Zusammenarbeit zwischen den Fachgebieten und fächerübergreifenden Studien kann man nur zustimmen.



Susanne Weiss
u.a.: Wissenschaft und Wirtschaft in der Globalisierung – Regionalstudien in Deutschland.
 Weiss von Richt-
 hofen Verlag 2007,
 196 Seiten, 39,95 €
 (Halbleinen),
 32,95 € (Broschur)